17. Wahlperiode

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (I) –
Vielfalt in der Pflege und im Alter**

Drucksachen 17/1813, 17/1813-1 und 17/1652

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über

Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (I) –
Vielfalt in der Pflege und im Alter

- Drucksachen Nr.17/1813, 17/1813-1 und 17/1652 -

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 18.09.2014 aufgrund des Antrages der Fraktionen SPD und CDU Folgendes beschlossen:

„a) Wir begrüßen, dass der Senat das Diversity-Prinzip bereits als festen Bestandteil von Altenhilfe und Pflegediensten verankert hat und dieses als zentralen Aspekt in der Ausbildung der Berliner Pflegefachkräfte ansieht. Diesbezüglich bitten wir den Senat, seine Bestrebungen hinsichtlich des Diversity-Prinzips zu verstetigen, zu vertiefen und weiter auszubauen.

b) Bei ausgebildeten Kranken- und Altenpflegekräften ist die bestehende Fort- und Weiterbildung im Bereich Diversity weiter auszubauen und als fester Bestandteil auf alle Pflegeberufe auszuweiten. Sowohl bei der Aus- als auch bei der Fortbildung sind die Lehrmodule stetig zu überarbeiten und anzupassen.

c) Träger öffentlich geförderter Seniorenangebote sowie Projekte und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen werden ermutigt, ein Bewusstsein für Diversity und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu schaffen. Dazu sind gegebenenfalls Kooperationen mit Trägern und Projekten mit Kompetenz im Bereich LSBTI zu suchen und einzugehen.

d) Der Senat soll darauf hinwirken, dass ein Träger mit Kompetenz im Bereich Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) als ständiges Mitglied in den Landesseniorenbeirat berufen wird. Weiterhin soll der Senat beim Landespflegeausschuss anregen, dass ein Träger mit LSBTI-Kompetenz als beratendes Mitglied in den Landespflegeausschuss berufen wird. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob ein Träger mit Kompetenz im Bereich LSBTI als beratendes Mitglied im Landesbeirat für Menschen mit Behinderung berufen werden soll.

e) Der Senat hat darauf hinzuwirken, dass die bereits implementierten Maßnahmen zur Umsetzung der ISV für öffentliche und öffentlich geförderte Pflege- und Betreuungseinrichtungen als verbindliche Standards festgelegt und ausgebaut werden. Die Berliner Leitlinien für Seniorenpolitik müssen stärker als bisher berücksichtigt und bei den Senats- und Bezirksverwaltungen, den Pflege- und Betreuungseinrichtungen, deren Pflegekräften und den Senioren/-innen bekannter gemacht werden.

f) Der Senat unterstützt Träger von Wohnprojekten mit der konzeptionellen Ausrichtung auf die Ansätze von Diversity und Inklusion. Dabei ist zu prüfen, inwiefern die neu ausgerichtete Liegenschaftspolitik einen konstruktiven Beitrag dazu leisten kann.

g) Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2015 zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Zu a)

Einer der fünf Bausteine der Qualitäts- und Qualifizierungsoffensive für Fachkräftesicherung in der Altenpflege „Für ein gutes Leben im Alter in Berlin“, die das Berliner Bündnis für Altenpflege aktiv begleitet und zu deren Umsetzung beiträgt, ist der Baustein Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln. In Round-Table-Gesprächen wurden hierzu insbesondere Vorschläge zu folgenden Maßnahmen erarbeitet:

1. Kultursensible Pflege als Querschnittsthema im Unterricht der Altenpflegeausbildung verstärken und den Theorie-Praxistransfer befördern. Der selbstverständliche Umgang mit Interkulturalität und sexueller Vielfalt soll in der Ausbildung Altenpflege breiter verankert und der Transfer zwischen Theorie und Praxis im Austausch zwischen Berufsfachschulen und ausbildenden Betrieben verstärkt unterstützt werden.

2. Ausbau, Bekanntmachung und Verstetigung von Beratungsangeboten zur kultursensiblen Pflege, Weiterbildungsangebote bekannter machen. Kultursensible Pflege ist ein wesentliches Element zur Umsetzung von Diversität in der Altenpflege. Es ist erforderlich die bereits vorhandenen Beratungseinrichtungen bekannter zu machen, die Kapazitäten der Nachfrage anzupassen und zu verstetigen.

Auf den Weg gebracht wurde bereits die Unterstützung von 2 - 3 Pflegeeinrichtungen, die beispielhaft für die Branche praktische Wege der Umsetzung von Diversität aufzeigen wollen und als gute Praxisbeispiele ihr Wissen weitergeben werden.

Die Dokumentationen und Materialien der Qualitäts- und Qualifizierungsoffensive für Fachkräftesicherung in der Altenpflege zum Baustein Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln, sind auf der Internetseite <http://www.dienstleistungsmetropole-berlin.de/de/altenpflege-vielfalt.html> zu finden.

Zu b)

Im Land Berlin sind derzeit 62 Schulen des Gesundheitswesens staatlich anerkannt, 7 Modellvorhaben zur Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen genehmigt sowie 24 Weiterbildungsstätten staatlich anerkannt. Fortbildungen werden im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) nicht registriert.

Die Ausbildung erfolgt auf Grundlage des entsprechenden Bundesgesetzes in Verbindung mit der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung. Die Curricula werden von jeder Aus- bzw. Weiterbildungsstätte auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben konzipiert. Die inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts erfolgt in Eigenverantwortung der jeweiligen Schule/ Weiterbildungsstätte.

Diversity ist ein wichtiger Bestandteil in der Berliner Gesundheits-, Kranken und Altenpflege. Bedarfsgerechte Pflege ist bereits jetzt ein zentraler Aspekt in der Ausbildung der Berliner Pflegefachkräfte. Der Begriff Diversity wird hier allerdings breiter gefasst und beinhaltet neben der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt eine Vielzahl von weiteren Aspekten, wie Kultur, Alter, Geschlecht, Behinderung, Religion etc. Diversity ist in den Rahmenlehrplänen der Ausbildung in der Altenpflege curricular verankert. Vielfalt der Sexualität im Alter, Sensibilisierung für Prägungen aufgrund unterschiedlicher kultureller Hintergründe und verschiedene Formen der Behinderungen von Menschen werden im Unterricht als Themen behandelt. Diversity wird darüber hinaus als Querschnittsthema verstanden, welches in allen Unterrichtsfächern verankert ist. Schülerinnen und Schülern in der Altenpflege wird über das Erlernen und die Bedeutung von Biografiearbeit die Notwendigkeit der Selbstreflexion und die Empathie für die unterschiedlichen Lebensentwürfe und Lebensbedingungen von Menschen vermittelt. In der Altenpflegeausbildung wird ebenfalls ein verpflichtendes Modul zur „Unterstützung alter Menschen bei der Lebensgestaltung“ in den theoretischen Unterricht eingebunden gem. § 1 Abs.1 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für den Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers (AltPflAPrV) in Verbindung mit der Anlage 1 (hier A.2.). Der Teilbereich „Lebenswelten und soziale Netzwerke alter Menschen beim altenpflegerischen Handeln berücksichtigen“ befasst sich u.a. mit:

- Ethniespezifische und interkulturelle Aspekte
- Glaubens- und Lebensfragen
- Familienbeziehungen und soziale Netzwerke alter Menschen
- Sexualität im Alter

Im Ausbildungsziel, welches in § 3 Abs. 1 Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege (KrPflG) niedergeschrieben ist, ist festgelegt, dass die unterschiedlichen Pflege und Lebenssituationen sowie Lebensphasen und die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der zu pflegenden Menschen zu berücksichtigen sind. Explizit wird demnach darauf geachtet, dass der Umgang mit der Vielfalt der Lebenssituationen und -phasen der Menschen in die Ausbildung Eingang findet und eine handlungsleitende Maxime darstellt.

Der theoretische Unterricht für die Berufe in der Krankenpflege befasst sich verpflichtend mit dem Themenbereich „Pflegehandeln personenbezogen ausrichten“. Die Schülerinnen und Schüler sind zu befähigen, in ihrem Pflegehandeln insbesondere das Selbstbestimmungsrecht und die individuelle Situation der zu pflegenden Personen zu berücksichtigen, sowie in ihr Pflegehandeln das soziale Umfeld von zu pflegenden Personen einzubeziehen, ethnische, interkulturelle, religiöse und andere gruppenspezifische Aspekte sowie ethische Grundfragen zu beachten § 1 Abs.1 Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Berufe in der Krankenpflege. (KrPflAPrV).

Seit 2005 erfolgten zudem durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales u.a. folgende Schritte zur Integration von sexueller Vielfalt in die Ausbildung:

- In die Berliner Handreichung zur Ausbildung in der Altenpflege wurde das Thema „Sexualität im Alter“ aufgenommen.
- In einzelnen Einrichtungen und bei Trägern der Altenpflege wurden Fortbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung für die besonderen Belange und Lebenssituationen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und transgeschlechtlichen Menschen im Alter durchgeführt.

Im Rahmen der Durchführung des Senats- und Abgeordnetenhausbeschlusses „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt!“ hat der Landespflegeausschuss die Zielsetzung unterstützt und seine Mitgliedsorganisationen aufgefordert, entsprechende Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen durchzuführen. Dazu zählt auch die Veran-

kerung der Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung – bezogen auf die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genannten Merkmale – ebenso wie des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und eines Diversity Leitbildes in den Rahmenverträgen, Leitbildern und Konzepten der Träger und Einrichtungen der Seniorenarbeit und Pflege.

Wie oben aufgeführt, wurden und werden Maßnahmen ergriffen, um die adäquate und bedarfsgerechte Pflege in die theoretische sowie praktische Ausbildung zu integrieren und umzusetzen. Die Integration aller Lebensweisen, insbesondere auch im Alter und damit verknüpft die bedarfsgerechte Pflege, ist ein sehr wichtiges Anliegen. Die Sensibilisierung der Pflegekräfte für die spezifischen Belange ihrer zu Pflegenden und der grundsätzliche Respekt vor unterschiedlichen Lebensformen gehören zur heutigen Pflegeaus- und Weiterbildung dazu. Außerdem haben seit 2011 rund 490 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Pflegebereich inkl. Ausbildungsstätten an von Fortbildungsmaßnahmen des Projektes „Jo weiß Bescheid“ teilgenommen.

Das Projekt „Jo weiß Bescheid“ wird mit Zuwendungsmitteln der SenArbIntFrau bzw. der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung durchgeführt – es handelt sich hierbei um zeitlich befristete Maßnahmen für das Berufsfeld Altenpflege

Die Einflussmöglichkeiten der SenGesSoz auf die Aus-, Fort-, und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen sind begrenzt, weil die Zuständigkeit dafür nicht dort angesiedelt ist. Fortbildungen als Aktualisierung und Vertiefung der in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen ist sowohl Aufgabe der Arbeitgeber wie z. B. der Krankenhäuser sowie der Fachgesellschaften (und Berufsverbände).

Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass es sich sowohl bei der Gesundheits- und Krankenpflege als auch bei der Altenpflege um Bundesgesetze handelt. Die Berliner Lehranstalten und die Weiterbildungsstätten werden staatlich anerkannt und unterliegen der Aufsicht des Landesamtes für Gesundheit und Soziales. Die Curricula werden von jeder Aus- bzw. Weiterbildungsstätte auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben konzipiert. Die inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts erfolgt in Eigenverantwortung der jeweiligen Schule/ Weiterbildungsstätte. Das LAGeSo prüft die vorgelegten Curricula, ob entsprechend die Mindestanforderungen der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen eingehalten werden.

Zu c)

Im Kontext des demografischen Wandels und der Alterung der Gesellschaft sind Träger von Seniorenangeboten gehalten, im Grundsatz offen zu sein für Wünsche und Anforderungen, die sich aus der Vielfältigkeit des Alter(n)s ergeben. Grundlage einer modernen Seniorenpolitik muss es sein, die unterschiedlichen Interessen von besonderen Zielgruppen und Lebenslagen im Alter zu berücksichtigen. Dazu gehören u.a. ältere Lesben und Schwule und deren kultursensible Versorgung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit.

In Zusammenhang mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 18.09.2014 wurde in die Präambel des seit dem 01.01.2015 geltenden Berliner Rahmenvertrages (BRV) mit aufgenommen, dass sich die Vertragspartner im Kontext der Grundsätze des § 9 SGB XII (Besonderheit des Einzelfalles) zur kulturellen Vielfalt und zur Unterschiedlichkeit von Identitäten, sexueller Orientierungen und individueller Lebensentwürfe bekennen und allen Formen von Diskriminierung und Gewaltausübung entgegenstehen.

Im Rahmen entgeltfinanzierter Einrichtungen sind keine Kooperationen geplant.

Bei den im Rahmen des Integrierten Sozialprogramms (ISP) zuwendungsrechtlich geförderten Projekten ist z.B. das Netzwerk behinderter Frauen spezifisch in dieser Thematik in den Beratungsangeboten als auch in der Vermittlung weiterführender Angebote, z. B. im therapeutischem Sinne, tätig. Im Austausch mit verschiedenen Projekten ist das Thema in der

täglichen Praxis bereits integraler Bestandteil in den Konzeptionen der Träger und Projekte. Träger, die dies noch nicht konzeptionell berücksichtigen, werden bereits aufgefordert, diesen Aspekt in ihr Konzept aufzunehmen.

Zu d)

Landesseniorenbeirat

Im Kontext des aktuellen Abstimmungsprozesses zur Überprüfung und gegebenenfalls Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes (BerlSenG) gibt es Überlegungen, einen Träger mit LSBTI-Kompetenz als ständiges Mitglied in den Landesseniorenbeirat zu berufen.

Zur Begleitung dieses Prozesses war der Geschäftsführer der Schwulenberatung Berlin gGmbH gemeinsam mit einem Vertreter der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung zu Gast auf dem Plenum des Landesseniorenbeirats am 18.02.2015 und hatte Gelegenheit, den Träger vorzustellen und mit den Mitgliedern ins Gespräch zu kommen.

Landespflegeausschuss

Auf der 50. Sitzung des Landespflegeausschusses (LPA) am 25. Februar 2015 wurde der Umgang mit den durch das Abgeordnetenhaus beschlossenen Drucksachen und dem Wunsch nach einer Berufung eines beratenden Mitglieds mit LSBTI-Kompetenz in den LPA erneut thematisiert. Auf der 49. Sitzung des LPA hatte man sich bereits darauf verständigt, zunächst potentielle Institutionen anzufragen, ob ein Interesse an einer ständigen beratenden Mitgliedschaft im LPA gegeben ist. Nach Abstimmungsgesprächen mit der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) wurde die Schwulenberatung Berlin gGmbH als der geeignete Träger und Interessenverband empfohlen. Die Schwulenberatung Berlin gGmbH hat auf entsprechende Anfrage erklärt, für eine beratende Mitgliedschaft im LPA zur Verfügung zu stehen und im Falle einer Mitgliedschaft die Kooperation mit anderen Trägern im Bereich LSBTI zu suchen. Im Ergebnis hat der LPA entschieden, die Senatsverwaltung zu bitten, eine Änderung der Verordnung über den Landespflegeausschuss nach § 92 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (Landespflegeausschuss-Verordnung - LPflegeAV) auf den Weg zu bringen, um die Bestellung eines beratenden Mitglieds mit LSBTI-Kompetenz zu ermöglichen. Eine entsprechende Vorlage zur Änderung der Verordnung wird zurzeit erarbeitet.

Landesbeirat für Menschen mit Behinderung

Die Prüfung, ob ein Träger im Bereich LSBTI als beratendes Mitglied im Landesbeirat für Menschen mit Behinderung berufen werden kann, hat Folgendes ergeben:

Eine Benennung eines Trägers im Bereich LSTBI in den Kreis der stimmberechtigten Mitglieder des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung wäre dann umsetzbar, wenn es sich um einen rechtsfähigen, gemeinnützigen Verband oder Verein im Land Berlin handeln würde, zu dessen satzungsgemäßen Aufgaben die Unterstützung der Interessen von Menschen mit Behinderung durch Aufklärung und Beratung oder die Bekämpfung der Benachteiligung gehört und der darüber hinaus über eine umfassende Kompetenz aller Teilzielgruppen des LSBTI-Spektrums verfügt. Ein Träger mit diesen Aufgaben existiert derzeit nicht. Zudem müsste der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung im Rahmen seines Vorschlagsrechtes an den Senat einen solchen Träger vorschlagen und der Kreis der stimmberechtigten Mitglieder um einen weiteren Sitz auf 16 Mitglieder erweitert werden. Hierzu ist die Änderung des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) erforderlich.

Verschiedene Träger und Vereine wie z. B. die Schwulenberatung Berlin gGmbH, Rad und Tat e.V. sowie die Lesbenberatung Berlin e.V. vertreten die Interessen einzelner Teilzielgruppen mit entsprechenden Angeboten und haben dies auch partiell in ihren Satzungen verbrieft. Die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung und die Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung prüfen gegenwärtig, inwiefern Inte-

ressenvertretungen der genannten Zielgruppen im Rahmen der bestehenden Geschäftsordnung des Landesbeirats mittelfristig in das Gremium einbezogen werden können.

In diesem Zusammenhang werden auch verschiedene Träger der Projektlandschaft des LSBTI-Spektrums zu einer Initiative ermutigt, einen auf den Themenbereich Lesben, Schwule und Bisexuelle mit Behinderung sowie trans*- bzw. inter*geschlechtliche Menschen mit Behinderung bezogenen Fachaustausch anzuregen. Ziel ist es, einen Zusammenschluss zu etablieren, der die Interessen der Zielgruppen vertreten kann – zu gegebener Zeit ggf. auch im Landesbeirat für Menschen mit Behinderung nach Änderung des LGBG.

Zu e)

Zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien der Seniorenpolitik hat die für Seniorenpolitik zuständige Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales eine ressortübergreifende Facharbeitsgruppe eingerichtet. Diese im halbjährlichen Rhythmus tagende Arbeitsgruppe unterstützt und begleitet den Prozess der Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien, der in den fachlich zuständigen Ressorts in jeweils eigener Zuständigkeit erfolgt.

Ausweislich der Leitlinie Nr. 8 lehnt der Berliner Senat jedwede Stigmatisierung älterer Lesben, Schwuler, Bisexueller und trans- und gleichgeschlechtlicher Menschen ab. Der Senat hat sich vielmehr zum Ziel gesetzt, den Prozess der gesellschaftlichen Sensibilisierung zu verstetigen und auch in diesem Bereich gezielt weiter zu befördern. Noch bestehende Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen der etwa 40.000 älteren Lesben und Schwulen in Berlin können nicht länger hingenommen werden.

Der Landessenorenbeirat Berlin (LSBB) ist durch personelle Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe des Senats beteiligt. Durch diese vom Senat ausdrücklich gewünschte Einbeziehung wird dem LSBB regelmäßig Gelegenheit gegeben, die Wünsche, Erwartungen und Ergebnisse seiner eigenen Facharbeitsgruppen in den Prozess der Weiterentwicklung einzubringen.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales dokumentiert im Rahmen ihres Internetauftritts die im Jahr 2013 verabschiedeten Leitlinien der Seniorenpolitik. Für jede der insgesamt 17 Leitlinien ist eine separate Seite eingerichtet, die neben den Zielen und konkreten Vorhaben des Senats auch die „Aktuelle Entwicklung“ darstellt und regelmäßig fortschreibt. Die fachlich zuständigen Ressorts der Senatsverwaltungen sind aufgefordert ‚ihre Leitlinie‘ halbjährlich zu überprüfen.

Die Bezirke werden gemäß Beschluss des Rats der Bürgermeister an der Weiterentwicklung der Leitlinien beteiligt. Das in einer Bezirksstadträtesitzung im Januar 2014 abgestimmte Verfahren sieht vor, dass die für Altenhilfeplanung und Seniorenpolitik zuständigen Amtsleiter regelmäßig die Einladungen und Protokolle der Sitzungen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe erhalten. Anregungen und Hinweise seitens der Bezirke können somit ständig eingebracht werden. Bei Bedarf ist auch eine direkte Teilnahme der Bezirke möglich.

Ausgehend von der Prämisse, dass die Leitlinien kein fertiges Produkt sind, sondern vielmehr den Ausgangspunkt für weitere, auch öffentliche Diskussionen bilden, hat die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gemeinsam mit dem Landessenorenbeirat Berlin am 26. September 2014 eine Fachtagung mit dem Thema „Ein Jahr Leitlinien der Seniorenpolitik – Was hat sich getan?“ durchgeführt. Mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Senats- und Bezirksverwaltungen, von Organisationen, aus der Politik sowie Seniorinnen und Senioren tauschten sich dazu im Plenum und an sechs Thementischen aus.

Zu f)

Im Rahmen künftiger Konzeptverfahren können im Einzelfall Aspekte der Diversity und Inklusion wesentliche Kriterien bei der Vergabe landeseigener Grundstücke für Wohnungsneubau darstellen.

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 8. April 2015

Mario C z a j a

Senator für Gesundheit und Soziales